

## Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, Beratungshilfe

Bearbeitet von  
Dr. Werner Dürbeck, Yvonne Gottschalk

8. Auflage 2016. Buch. XXVII, 452 S. Kartoniert  
ISBN 978 3 406 67846 2  
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Zivilverfahrensrecht  
allgemein, Gesamtdarstellungen > Prozesskostenhilfe, Verfahrenskostenhilfe](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG  
NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW  
herausgegeben von  
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 47



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, Beratungshilfe

begründet von

Dr. Elmar Kalthoener †

fortgeführt von

Dr. Helmut Büttner †  
Dr. Hildegard Wrobel-Sachs  
Köln

bearbeitet von

Dr. Werner Dürbeck  
Richter am Oberlandesgericht Frankfurt a. M.  
Yvonne Gottschalk  
Richterin am Oberlandesgericht Frankfurt a. M.

8., völlig neu bearbeitete Auflage 2016





**beck-shop.de**

**DIE FACHBUCHHANDLUNG**

Zitierweise: Dürbeck/Gottschalk PKH/VKH Rn. ...

**[www.beck.de](http://www.beck.de)**

ISBN 978 3 406 67846 2

© 2016 Verlag C. H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck: Druckhaus Nomos

In den Lissen 12, 76547 Sinzheim  
Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen  
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)



# beck-shop.de

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

### **Bearbeiterverzeichnis**

Dürbeck: ..... §§ 1–5 und §§ 10–23  
Gottschalk: ..... §§ 6–9



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



# beck-shop.de

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

### Vorwort zur 8. Auflage

Das Gesetz zur Änderung des Prozesskostenhilfe- und Beratungshilferechts ist plangemäß wenige Wochen nach Erscheinen der 7. Auflage zum 1.1.2014 in Kraft getreten. Obgleich sich der Gesetzgeber nicht zu der von ihm angestrebten großen Reform der Prozesskosten- und Beratungshilfe entschließen konnte und bereits zum 1.8.2013 das Zweite Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts in Kraft treten ist, sind die staatlichen Ausgaben im Bereich der Prozesskosten- und Beratungshilfe in den letzten Jahren offenkundig zurückgegangen, was aber weniger an den geänderten Gesetzen liegen dürfte, sondern der positiven Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes geschuldet sein dürfte. Ungeachtet dessen sind seit Erscheinen der letzten Auflage hunderte obergerichtlicher Entscheidungen zur Prozesskosten- und Verfahrenskostenhilfe und eine Vielzahl von Entscheidungen, auch des BVerfG, zur Beratungshilfe ergangen, die eine Neuaufgabe dieses Werks veranlasst haben. Im Bereich der Rechtsprechung zur Prozesskostenhilfe ist dabei der zunehmende Einfluss der Landesarbeits- und Landessozialgerichte unverkennbar. Demgemäß wurden in der vorliegenden Auflage Besonderheiten der Prozesskostenhilfe in der Arbeits-, Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit ein breiterer Raum gewährt. Erfreulich ist, dass auch die Rechtswissenschaft wieder vermehrt Interesse an den dogmatischen und historischen Grundlagen der Prozesskosten- und Beratungshilfe zeigt. So sind hierzu allein in den letzten beiden Jahren drei Dissertationen veröffentlicht worden, die wichtige Erkenntnisse hervorgebracht haben und deren Ergebnisse hier Berücksichtigung gefunden haben. Angesichts der zunehmenden Bedeutung der Abänderungsverfahren gemäß §§ 120 Abs. 4 aF, 120a ZPO in der Praxis wurde diesem in der Neuaufgabe in dem neuen § 13 ein eigener Abschnitt unmittelbar vor der damit im Zusammenhang stehenden Aufhebung der Prozesskostenhilfe (§ 14) zugeteilt und die Darstellung inhaltlich erheblich erweitert. Dieser Umstand machte es auch unverzichtbar, die Randnummern für das gesamte Werk neu zu fassen.

Schließlich machte es auch die zum 22.1.2014 im Zuge der PKH-Reform neu gefasste Verordnung zur Verwendung eines Formulars für die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKHFV) im Hinblick auf § 40 EGZPO erforderlich, Abgrenzungsfragen zur Behandlung von Übergangsfällen vor allem in den Abschnitten der §§ 5, 13, 14 ausführlich unter Beibehaltung der Darstellung des vor dem 1.1.2014 geltenden Rechts zu erörtern.

Unverändert bleibt es Ziel unserer Darstellung, dem Leser – auch über die ordentliche Gerichtsbarkeit hinaus – ein zuverlässiges Bild über die Praxis der Rechtsanwendung zu geben. Wir hoffen, diesem Anspruch weiterhin Rechnung zu tragen und dem Leser, sei er Richter, Rechtspfleger, Urkundsbeamter der Geschäftsstelle, Rechtsanwalt, Insolvenzverwalter oder in sonstiger Funktion oder aus sonstigem Interesse mit Fragen der Finanzierung gerichtlicher Verfahren oder außergerichtlicher Beratung oder Vertretung befasst, das erforderliche Verständnis für die Prozess-, und Verfahrenskostenhilfe sowie die Beratungshilfe zu vermitteln.

Unser besonderer Dank gilt Herrn Dr. Rosner vom Verlag C. H. BECK für seine stets wohlwollende und fruchtbare Unterstützung unserer Arbeit an diesem Werk.

Der Bearbeitung liegen Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur nach dem Stand von Ende Dezember 2015 zugrunde.

Frankfurt a. M., im Februar 2016

*Dr. Werner Dürbeck  
Yvonne Gottschalk*



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Inhaltsübersicht

	Seite
Bearbeiterverzeichnis .....	V
Vorwort zur 8. Auflage .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
Literaturverzeichnis .....	XXV
<b>1. Teil. Prozess- und Verfahrenskostenhilfe .....</b>	<b>1</b>
§ 1 Einleitung .....	1
§ 2 Andere Wege der Prozesskostenminderung .....	5
§ 3 Anwendungsbereiche der Prozesskostenhilfe .....	6
§ 4 Parteien im Prozesskostenhilferecht .....	24
§ 5 Das Prozesskostenhilfe-Bewilligungsverfahren .....	44
§ 6 Subjektive Voraussetzungen .....	95
§ 7 Objektive Voraussetzungen .....	163
§ 8 Bewilligung von Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe .....	202
§ 9 Beiordnung Rechtsanwalt .....	218
§ 10 Wirkung der PKH-Bewilligung für die Parteien .....	246
§ 11 Wirkung der Anwaltsbeordnung im Einzelnen und Anwaltsvergütung .....	264
§ 12 Anspruchsübergang auf die Staatskasse gemäß § 59 RVG .....	302
§ 13 Überprüfung und Abänderung der PKH-Bewilligung .....	311
§ 14 Aufhebung der PKH-Bewilligung .....	323
§ 15 Sofortige Beschwerde im PKH-Verfahren .....	339
§ 16 Grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe .....	364
<b>2. Teil. Beratungshilfe .....</b>	<b>371</b>
§ 17 Allgemeines .....	371
§ 18 Subjektive Voraussetzungen .....	384
§ 19 Objektive Voraussetzungen .....	386
§ 20 Umfang der Beratungshilfe .....	399
§ 21 Bewilligungsverfahren .....	402
§ 22 Gebühren und Vergütung .....	415
§ 23 Kostenfestsetzungsverfahren .....	432
Sachregister .....	437



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1. Teil. Prozess- und Verfahrenskostenhilfe</b> .....	1
<b>§ 1 Einleitung</b> .....	1
I. Das Gesetz über Prozesskostenhilfe vom 13.6.1980 .....	1
II. Änderungen des Prozesskostenhilferechts in der Folgezeit .....	2
<b>§ 2 Andere Wege der Prozesskostenminderung</b> .....	5
<b>§ 3 Anwendungsbereiche der Prozesskostenhilfe</b> .....	6
I. Verfassungsgerichtsbarkeit .....	6
II. Ordentliche Gerichtsbarkeit .....	6
1. Zivilprozess .....	6
2. Familiensachen und Freiwillige Gerichtsbarkeit .....	12
3. Strafprozess .....	13
III. Arbeitsgerichtsbarkeit .....	16
IV. Verwaltungsgerichtsbarkeit .....	17
V. Sozialgerichtsbarkeit .....	18
VI. Finanzgerichtsbarkeit .....	20
VII. Ausländische Gerichte .....	21
VIII. Statistik .....	22
<b>§ 4 Parteien im Prozesskostenhilferecht</b> .....	24
I. Natürliche Personen .....	24
1. Geltendmachung eigener Rechte .....	24
2. Geltendmachung abgetretener Rechte .....	24
3. Prozessstandschaft .....	25
4. Musterprozesse .....	27
5. Gesetzliche Vertretung .....	27
6. Streitgenossen .....	28
7. Ehegatten als Streitgenossen .....	29
8. Streitgehilfen und Beigeladene .....	30
9. Ausländer und Staatenlose .....	31
10. Beteiligte im Insolvenzverfahren .....	31
II. Parteien kraft Amtes .....	35
1. Insolvenzverwalter .....	36
2. Andere Parteien kraft Amtes .....	40
3. Keine Anwendung von §§ 115 Abs. 2, 117 Abs. 3 ZPO .....	40
III. Juristische Personen und parteifähige Vereinigungen .....	41
IV. Nicht parteifähige Vereinigungen .....	43
V. Parteiwechsel .....	43
<b>§ 5 Das Prozesskostenhilfe-Bewilligungsverfahren</b> .....	44
I. Zulässigkeit eines Prozesskostenhilfverfahrens .....	44
1. Objektive Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	44
2. Subjektive Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	47
II. Form des Antrags .....	48
1. Schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle .....	48
2. Kein Anwaltszwang für den Antrag .....	48
3. Formularvorlage als Zulässigkeitsvoraussetzung? .....	48
III. Zuständiges Gericht für den Antrag .....	49
IV. Antragswirkungen .....	53
1. Anhängigkeit Prozesskostenhilfverfahren .....	53
2. Sonstige prozessuale Wirkungen des Prozesskostenhilfeantrags .....	54
3. Gleichstellung PKH-Antrag mit Klageerhebung? .....	55

V. Prozesskostenhilfeantrag mit Klage oder Rechtsmittel	57
1. PKH-Antrag und Klage	57
2. PKH-Antrag und Rechtsmittel	59
VI. Notwendiger Inhalt des Prozesskostenhilfeantrags	64
1. Mindestinhalt	64
2. Darstellung des Streitverhältnisses	64
3. Formular	66
VII. Hilfe zur Antragstellung durch Rechtsanwälte und Gerichte	72
1. Anwaltpflicht zu Hinweis und Belehrung	72
2. Beratungspflicht des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle	73
3. Fürsorge- und Hinweispflicht des Gerichts	73
4. Amtshaftung	74
VIII. Das Prozesskostenhilfe-Prüfungsverfahren (§ 118 ZPO)	74
1. Rechtsnatur des Verfahrens	74
2. Beteiligung des Gegners (§ 118 Abs. 1 S. 1 ZPO)	75
3. Datenschutz im PKH-Prüfungsverfahren	77
4. Keine Prozesskostenhilfe für das PKH-Prüfungsverfahren	77
5. Verfahrensgang	80
6. Einigungsgebühr bei anhängigem PKH-Verfahren	94
7. Hauptgebote für den Richter im PKH-Prüfungsverfahren	94
8. Förderung des PKH-Verfahrens durch den Antragsteller	95
<b>§ 6 Subjektive Voraussetzungen</b>	95
I. Gesetzliche Grundlagen	95
II. Personaler Bezugspunkt der „persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse“	97
III. Berechnung des Einkommens	98
1. Ermittlung des Bruttoeinkommens	98
2. Einzelne Einkunftsarten	100
3. Fiktives Einkommen	105
4. Schätzung des Einkommens nach den Lebensverhältnissen des Antragstellers	107
5. Bildung von Rücklagen	108
6. Zeitpunkt der Einkommensfeststellung	108
IV. Abzüge vom Einkommen	108
1. Die in § 82 Abs. 2 SGB XII genannten Beträge (§ 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 1a ZPO)	108
2. Freibetrag für Erwerbstätige, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 1b ZPO	112
3. Freibetrag für die Partei, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 2a ZPO	113
4. Unterhaltsfreibetrag für den Ehegatten/Lebenspartner des Antragstellers, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 2a ZPO	113
5. Unterhaltsfreibetrag für weitere unterhaltsberechtigte Personen, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 2b ZPO	114
6. Kosten der Unterkunft und Heizung, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 3 ZPO	115
7. Mehrbedarfe, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 ZPO	118
8. Besondere Belastungen, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 5 ZPO	119
V. Die auf die Prozesskosten zu zahlenden Monatsraten, § 115 Abs. 2 ZPO	124
1. Berechnung der Monatsraten	125
2. Auslandsfälle	125
3. Mindestanzahl der Raten und voraussichtliche Kosten	126
4. Höchstens 48 Monatsraten unabhängig von der Zahl der Rechtszüge	127
5. Gestaffelte Ratenhöhe	128
6. Veränderung der Ratenhöhe in der zweiten Instanz	128
7. Ende und Einstellung der Ratenzahlung bei Kostendeckung (§ 120 Abs. 3 ZPO)	129
8. Wegfall besonderer Belastungen (§ 120 Abs. 1 S. 2 ZPO)	130
VI. Einzusetzendes Vermögen	130
1. Gesetzliche Grundlagen	130
2. Vorrang Einkommens- oder Vermögensprüfung?	131
3. Vermögensbestandteile	131

4. Schonvermögen .....	141
5. Kreditaufnahme .....	147
6. Künftiges Vermögen .....	148
VII. Fiktives Vermögen .....	148
VIII. Prozesskostenvorschussansprüche/Verfahrenskostenvorschussansprüche ...	150
1. Berücksichtigung im PKH-Verfahren .....	150
2. Persönliche Voraussetzungen des Prozesskostenvorschussanspruchs/ Verfahrenskostenvorschussanspruchs .....	152
3. Sachliche Voraussetzungen des Prozesskosten-, Verfahrenskostenvorschussanspruchs .....	154
4. Zeitpunkt der Geltendmachung .....	161
5. Prozesskostenvorschussansprüche ausländischer Parteien .....	161
6. Prozesskostenvorschuss gegen den Sozialhilfeträger für die Geltendmachung rückständigen Unterhalts (§§ 94 Abs. 4 SGB XII, 7 Abs. 4 UVG) .....	162
IX. Teilweise Hilfsbedürftigkeit .....	163
X. Veränderung der Verhältnisse .....	163
<b>§ 7 Objektive Voraussetzungen .....</b>	<b>163</b>
I. Hinreichende Erfolgsaussicht der beabsichtigten Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung .....	163
1. Keine verfassungsrechtlichen Bedenken .....	163
2. Begriff .....	164
3. Keine Überspannung der Anforderungen an die Erfolgsprüfung .....	164
4. Inhalt der Prüfung .....	165
5. Teilweise Erfolgsaussicht/Zuständigkeitsgrenzen .....	168
6. Erfolgsaussicht bei fehlender Vollstreckungsaussicht/Eröffnung eines Insolvenzverfahrens .....	169
7. Erfolgsaussicht bei freiwilliger Leistung .....	170
8. Erfolgsaussicht der Rechtsverteidigung .....	170
9. Erfolgsaussicht bei erforderlicher Beweisaufnahme .....	172
10. Entscheidender Zeitpunkt für die Prüfung der Erfolgsaussicht .....	173
11. Erfolgsprüfung in besonderen Verfahren .....	176
12. Erfolgsprüfung für die Zwangsvollstreckung .....	183
13. Erfolgsprüfung für die Rechtsmittelinstanz .....	184
II. Mutwillen .....	186
1. Begriff .....	186
2. Rechtsprechungsbeispiele für Mutwillen (alphabetisch) .....	187
4. Zeitpunkt der Mutwillen-Prüfung .....	202
<b>§ 8 Bewilligung von Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe .....</b>	<b>202</b>
I. Gegenstand der Prozesskostenhilfe(VKH-)-Bewilligung .....	202
1. Unmittelbare Rechtswahrnehmung in gerichtlichen Verfahren mit besonderen Kosten .....	202
2. PKH-Bewilligung für jeden Rechtszug besonders .....	203
3. Beginn und Ende der Instanz .....	203
4. Umfang der Instanz .....	204
5. PKH für die Zwangsvollstreckung .....	206
II. Inhalt der PKH-Bewilligung .....	206
III. Rückwirkende PKH-Bewilligung .....	208
1. Grundsatz: Festlegung im Bewilligungsbeschluss .....	208
2. Trennung Zeitpunkt Rückbeziehung/Erfolgsprüfung .....	208
3. Grundsätzlich keine Rückbeziehung auf die Zeit vor Antragstellung .....	209
4. Rückbeziehung auf Antragstellung oder Entscheidungsreife? .....	209
5. Maßgeblicher Zeitpunkt: Eingang eines gemäß § 117 ZPO vollständigen Antrags .....	211
6. Verschulden des Anwalts ist der hilfsbedürftigen Partei zuzurechnen ...	211
7. Bewilligung von PKH nach Instanzende .....	212
8. Sofortige Beschwerde gegen PKH-Ablehnung nach Instanzabschluss ...	212

IV. Form der PKH-Entscheidung	213
1. Grundsatz: Keine stillschweigende Bewilligung	213
2. Stillschweigende PKH-Ablehnung	214
3. Urschrift maßgebend für Beschlussinhalt	214
4. Begründung des PKH-Beschlusses	214
5. Keine Kostenentscheidung im PKH-Verfahren	215
V. Wirksamwerden der PKH-Entscheidung	215
VI. Keine Rechtskraft der PKH-Ablehnung	217
<b>§ 9 Beiordnung Rechtsanwalt</b>	218
I. Grundgedanke	218
II. Fünf Beiordnungstatbestände	219
III. Verfahren der Beiordnung	219
1. Ausdrücklicher Gerichtsbeschluss	219
2. Umfang der Beiordnung	219
3. Antrag auf Beiordnung	220
4. Freie Anwaltswahl	220
5. Bereitschaft des Anwalts zur Vertretung	224
6. Notanwalt	224
IV. Sachvoraussetzungen der Beiordnung	225
1. Anwaltsprozess (§ 121 Abs. 1 ZPO; 78 Abs. 1 FamFG)	225
2. Parteiprozess/Verfahren ohne Anwaltszwang (§ 121 Abs. 2 ZPO, § 78 Abs. 2 FamFG)	225
3. Mehrkosten auswärtiger Anwalt (§ 121 Abs. 3 ZPO)	236
4. Verkehrsanwalt	238
5. Beweisaufnahmeanwalt	241
6. Beiordnung eines Unterbevollmächtigten/Terminsvertreters?	241
V. Wirkung der Beiordnung	242
1. Umfang der Beiordnung	242
2. Mandatsvertrag und Prozessvollmacht	243
3. Überblick über vergütungsrechtliche Wirkungen der Beiordnung	245
4. Wirksamkeit der Beiordnung	245
<b>§ 10 Wirkung der PKH-Bewilligung für die Parteien</b>	246
I. Überblick	246
II. Gerichtskostenbefreiung der hilfsbedürftigen Partei	246
1. Grundsatz	246
2. Zeitpunkt für die Befreiung	246
3. Keine Änderung gesetzlicher Bewilligungswirkungen	247
4. „Rückständige“ und „entstehende“ Kosten	247
5. Gerichtsvollzieherkosten	247
6. Parteiauslagen als „Gerichtskosten“	248
7. Weitere Abgrenzungsfragen zu „Gerichtskosten“ (alphabetisch)	251
8. Geltendmachung der Kosten nach gerichtlicher Bestimmung	252
9. Gerichtskostenbefreiung bei Teilbewilligung von PKH	252
10. PKH ohne Anwaltsbeiordnung	253
11. Rückzahlung von gezahlten Kosten	253
12. Zahlung der Gerichtskosten bei Übernahme durch Vergleich	253
III. Stundung der Vergütungsansprüche der beigeordneten Anwälte (§ 122 Abs. 1 Nr. 3 ZPO)	254
IV. Kein Einfluss der PKH auf die Kostenerstattung an den Prozessgegner	255
1. Grundsatz	255
2. Ausnahme	255
3. Einzelfragen zur Gerichtskostenverteilung	256
4. Ende der Kostenbefreiung	258
V. Kostenerstattungsanspruch der hilfsbedürftigen Partei	258
1. Eigener Prozessaufwand als materielle Voraussetzung	258
2. Kostenfestsetzungsantrag der Partei	259
3. Verstrickung der Kostenerstattungsansprüche der Partei durch Beitreibungsrechte des Anwalts	260

4. Nebeneinander der Kostenerstattungsansprüche der Partei und ihres Anwalts und „Umschreibung“	261
VI. Kostenvorteile des Prozessgegners infolge einer PKH-Bewilligung	262
<b>§ 11 Wirkung der Anwaltsbeordnung im Einzelnen und Anwaltsvergütung</b>	264
I. Privatrechtliche Vergütungsansprüche des beigeordneten Anwalts	264
II. Unzulässige Honorarvereinbarung nach § 3a Abs. 3 S. 1 RVG	264
III. Unzulässigkeit von Honorarvereinbarungen und der Geltendmachung von Honoraransprüchen nach der Berufsordnung für Rechtsanwälte	265
IV. Auslagensatzanspruch des beigeordneten auswärtigen Anwalts	265
V. Umfang der Stundung der Vergütung des beigeordneten Anwalts	265
1. Vor PKH-Bewilligung entstandene Vergütungsansprüche	265
2. Beordnung eines „auswärtigen“ Anwalts (→ Rn. 690 ff.)	266
3. Vorschüsse der Partei an den Anwalt	268
4. Beordnung eines anderen als des PKH-Verfahrensanwalts	268
5. Wechsel des beigeordneten Anwalts	269
6. Anwaltsgebühren bei Teilbewilligung PKH	269
7. Anwaltsgebühren bei Vertretung von Streitgenossen	270
8. Anwaltsgebühren bei Nichtbewilligung der PKH	270
9. Anwaltsgebühren bei Bewilligung von PKH	271
VI. Rechtsbeziehungen des Anwalts infolge der Beordnung	271
1. Rechtsverhältnis zur Partei	271
2. Rechtsverhältnis zum Staat	271
3. Rechtsverhältnis zum kostenerstattungspflichtigen Prozessgegner	273
4. Drei konkurrierende Ansprüche des beigeordneten Anwalts gegen Partei, Staat, Prozessgegner	273
5. Anspruchsübergang auf die Staatskasse gemäß § 59 RVG	274
VII. Vergütung des beigeordneten Anwalts bzw. der sonstigen Berufsgruppen gemäß den §§ 45–59 RVG	274
1. Voraussetzungen der Vergütung aus der Staatskasse	274
2. Fälligkeit der Vergütung	279
3. Verjährung des Vergütungsanspruchs	279
4. Rückzahlung überzahlter Anwaltsvergütung	280
5. Rückfestsetzung	281
6. Art der Vergütung	281
7. Vorschusszahlung an Anwalt	289
VIII. Verfahren zur Festsetzung der Vergütung des beigeordneten Anwalts	290
1. Regelung	290
2. Antrag	290
3. Festsetzungsverfahren des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle	291
4. Entscheidung im Festsetzungsverfahren	293
5. Rechtsbehelfe	294
6. Rechtskraft der Vergütungsfestsetzung	296
7. Verwirkung	296
8. Aufhebung der PKH und Anwaltsvergütung	297
IX. Wahlanwaltsvergütung und Beitreibungsrecht des beigeordneten Anwalts	297
1. Anspruch auf Wahlanwaltsvergütung	297
2. Beitreibungsrecht des beigeordneten Anwalts gemäß § 126 ZPO	298
X. Vorschüsse und Zahlungen an den beigeordneten Rechtsanwalt (§ 58 RVG)	301
<b>§ 12 Anspruchsübergang auf die Staatskasse gemäß § 59 RVG</b>	302
I. Zweck der Vorschrift	302
II. Übergehende Ansprüche	303
III. Zeitpunkt des Anspruchsübergangs	307
IV. Verfügungen der Partei über den Erstattungsanspruch, Benachteiligung der Staatskasse	307
V. Einwendungen und Einreden gegen übergegangene Ansprüche	308
VI. Grundloses Unterlassen der Geltendmachung des Beitreibungsrechts nach § 126 ZPO durch den beigeordneten Anwalt	309

VII. Keine Geltendmachung des Übergangs zum Nachteil des beigeordneten Anwalts .....	310
VIII. Verjährung .....	310
IX. Verfahren bei Geltendmachung auf die Staatskasse übergegangener Ansprüche .....	310
<b>§ 13 Überprüfung und Abänderung der PKH-Bewilligung .....</b>	<b>311</b>
I. Allgemeines .....	311
II. Übergangsrecht .....	311
III. Wesentliche Veränderung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse .....	312
1. Veränderungen des Vermögens und des Einkommens .....	312
2. Wesentlichkeit der Veränderung .....	316
3. Beachtung der 4-Jahresgrenze von § 120a Abs. 1 S. 4 ZPO (§ 120 Abs. 4 S. 3 ZPO aF) .....	317
4. Rechtsfolgen und Wirkung .....	318
IV. Verfahren .....	319
1. Zuständigkeit .....	319
2. Ordnungsgemäße Einleitung des Verfahrens .....	320
4. Die Vierjahresfrist des § 120a Abs. 1 S. 4 ZPO (§ 120 Abs. 4 S. 3 ZPO aF) .....	321
5. Entscheidung .....	323
V. Rechtsbehelfe .....	323
<b>§ 14 Aufhebung der PKH-Bewilligung .....</b>	<b>323</b>
I. Allgemeines .....	323
II. Aufhebungstatbestände .....	326
1. § 124 Abs. 1 Nr. 1 ZPO (§ 124 Nr. 1 ZPO aF) .....	326
2. § 124 Abs. 1 Nr. 2 ZPO (§ 124 Nr. 2 ZPO aF) .....	329
3. § 124 Abs. 1 Nr. 3 ZPO (§ 124 Nr. 3 ZPO aF) .....	332
4. § 124 Abs. 1 Nr. 4 ZPO .....	334
5. § 124 Abs. 1 Nr. 5 ZPO (§ 120 Nr. 4 ZPO aF) .....	335
6. § 124 Abs. 2 ZPO .....	337
III. Wirkung der Aufhebung .....	337
IV. Zuständigkeit, Verfahren und Rechtsbehelfe .....	338
<b>§ 15 Sofortige Beschwerde im PKH-Verfahren .....</b>	<b>339</b>
I. Allgemeines und Abgrenzung .....	339
II. Zulässigkeit der sofortigen Beschwerde .....	343
1. Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde .....	343
2. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	353
3. Beschwerdefrist; Einlegung nach Instanzende oder Rechtskraft .....	353
4. Beschwer und allgemeines Rechtsschutzbedürfnis .....	356
5. Abhilfeentscheidung und Vorlage .....	356
III. Begründetheit der sofortigen Beschwerde .....	358
1. Prüfungszeitpunkt .....	358
2. Prüfungsumfang .....	358
IV. Kosten der Beschwerdeinstanz .....	360
1. Gebühren und Streitwert .....	360
2. Kostenentscheidung im Beschwerdeverfahren? .....	362
3. Prozesskostenhilfe für das PKH-Beschwerdeverfahren? .....	362
V. Rechtsbehelfe gegen die Beschwerdeentscheidung .....	363
1. Die Rechtsbeschwerde .....	363
2. Gehörsrüge .....	364
3. Gegenvorstellung .....	364
<b>§ 16 Grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe .....</b>	<b>364</b>
I. Grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe in Zivilsachen nach der EG-Richtlinie 8/2003 .....	364
1. Grundsätze .....	364
2. Ausgehende Ersuchen, § 1077 ZPO .....	365
3. Eingehende Ersuchen, § 1078 ZPO .....	366

II. Anträge nach dem Haager Übereinkommen über den Zivilprozess vom 1.3.1954 (BGBl II, 576) und des Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung v. 25.10.1980 (BGBl 1990 II, 207) .....	367
III. Fälle mit Auslandsbezug in Unterhaltssachen .....	367
IV. PKH für ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof .....	368
V. PKH für ein Verfahren vor dem Europäischen Menschenegerichtshof .....	369
<b>2. Teil. Beratungshilfe</b> .....	<b>371</b>
<b>§ 17 Allgemeines</b> .....	<b>371</b>
I. Funktion und Entwicklung der Beratungshilfe .....	371
II. Abgrenzung zur Prozesskostenhilfe .....	373
III. Personenkreis .....	378
IV. Übernahme- und Hinweispflichten .....	378
V. Statistik .....	381
<b>§ 18 Subjektive Voraussetzungen</b> .....	<b>384</b>
I. Bedürftigkeit .....	384
II. Prozesskostenvorschuss .....	384
III. Selbstverschuldete Mittellosigkeit .....	385
IV. Künftiges Vermögen und Kreditaufnahme .....	386
<b>§ 19 Objektive Voraussetzungen</b> .....	<b>386</b>
I. Wahrnehmung von Rechten .....	386
II. Erfolgsaussicht .....	388
III. Andere Hilfsmöglichkeiten .....	388
IV. Mutwilligkeit .....	394
V. Allgemeines Rechtsschutzinteresse .....	396
VI. Beratungshilfefähiges Rechtsgebiet .....	397
1. Grundsätzlich alle Rechtsgebiete .....	397
2. Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht .....	397
3. Verwaltungs- und Sozialrecht .....	398
4. Verfassungsrecht .....	398
5. Zusammenhangsfälle .....	398
6. Auslandsrechtsfälle .....	398
<b>§ 20 Umfang der Beratungshilfe</b> .....	<b>399</b>
I. Beratung und Vertretung .....	399
II. Erforderlichkeit der Vertretung .....	400
<b>§ 21 Bewilligungsverfahren</b> .....	<b>402</b>
I. Zuständigkeit .....	402
II. Antrag .....	403
III. Gewährungsformen .....	406
1. Hilfe durch das Amtsgericht (Rechtspfleger) .....	406
2. Erteilung eines Berechtigungsscheins .....	408
3. Direktzugang zum Rechtsanwalt .....	408
4. Anwaltliche Beratungsstellen .....	409
5. Rechtsbeistände .....	410
6. Anerkannte Stellen für Verbraucherinsolvenzberatung .....	410
7. Steuerberater und Steuerbevollmächtigte .....	410
8. Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer .....	410
9. Rentenberater .....	410
IV. Aufhebung der Beratungshilfe .....	410
V. Rechtsbehelfe .....	413
1. Gegen die Versagung der Beratungshilfe .....	413
2. Rechtsbehelf der Staatskasse gegen die Bewilligung der Beratungshilfe ..	415
3. Entscheidung .....	415

<b>§ 22 Gebühren und Vergütung</b> .....	415
I. Ansprüche gegen den Rechtssuchenden .....	415
II. Ansprüche gegen den Gegner .....	417
III. Ansprüche gegen die Landeskasse .....	418
1. Überblick .....	418
2. Beratungsgebühr .....	420
3. Geschäftsgebühr .....	421
4. Einigungs- und Erledigungsgebühr .....	422
5. Kumulation der Gebühren nach Nr. 2503 und 2508 .....	423
6. Schuldbereinigungsgebühr .....	423
7. Übergangsfälle .....	424
8. Auslagererstattung .....	424
9. Anspruchsverlust bei notwendiger Zweitbeordnung .....	426
10. Vorschussanspruch .....	426
11. Übergang von Ansprüchen .....	426
IV. Begriff der „Angelegenheit“ in der Beratungshilfe .....	426
1. Begriffsbestimmung .....	426
2. Einzelfälle (alphabetisch) .....	429
<b>§ 23 Kostenfestsetzungsverfahren</b> .....	432
I. Zuständigkeit .....	432
II. Antrag .....	433
III. Nachweis der Entstehung der Gebühren .....	433
IV. Umfang der Überprüfung im Festsetzungsverfahren .....	434
V. Rechtsbehelfe .....	434
<b>Sachregister</b> .....	437